

Pressemitteilung

Bundesländer-Ranking:

Einsatz gegen Hass im Netz im Ländervergleich: Berlin auf Platz 2 und damit weit vor Brandenburg auf Platz 13 Campact veröffentlicht erste bundesweite Vergleichsstudie "KeinNetzfürHass"

Verden/Jena/Berlin/Potsdam, 24. März 2021. In der ersten bundesweiten Vergleichsstudie der Maßnahmen, die die Bundesländer gegen Hass im Netz ergreifen, landet Brandenburg auf Platz 13. Berlin belegt den zweiten Platz hinter Bayern und vor Nordrhein-Westfalen. Die Studie untersucht, wie die Bundesländer gegen Hasskriminalität im Internet vorgehen. Dafür wurden die Ministerien aller 16 Bundesländer zu bestehenden sowie geplanten Aktivitäten befragt. Die Studie "#KeinNetzfürHass" wurde im Auftrag der Demokratie-Stiftung Campact und der Amadeu Antonio Stiftung vom Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) Jena durchgeführt. Berücksichtigt sind Maßnahmen bis Sommer 2020.

Miriam Schader, Koordinatorin der Studie bei Campact: "In Berlin machen sich jetzt die jahrelangen Bemühungen um ein ziviles, demokratisches Miteinander bezahlt. Brandenburg hingegen hinkt im Kampf gegen Hate Speech noch hinterher. Von einer SPD-geführten Regierung erwarten wir, dass vor allem in den Bereichen Bildung und Justiz die Bekämpfung von Hass im Netz ernster genommen wird."

Besonders hebt die Studie hervor, dass die Berliner Justiz eine Zentralstelle Hasskriminalität eingerichtet und eine Beauftragte für den Kampf gegen Hass im Netz ernannt hat. Es gibt eine dauerhafte Ermittlungsgruppe und die Polizei sucht eigenständig nach Offizialdelikten im Netz (Online-Streife). So kann Hass im Netz umfassender ermittelt und geahndet werden als in Ländern, in denen diese Einrichtungen noch fehlen. Berlin schneidet auch deswegen gut ab, weil es Vereinbarungen mit Medienanstalten und nichtstaatlichen Meldeplattformen zur direkten Weiterleitung von Hass und Hetze an die Staatsanwaltschaft getroffen hat. Zudem ist das Thema Hass im Netz bereits Teil des Lehrplans; Lehrkräfte können an entsprechenden Weiterbildungsangeboten teilnehmen. Die Studie lobt, dass Berlin 2020 auch im außerschulischen Bereich Angebote zum Umgang mit Hate Speech für Fachkräfte, Kinder und Jugendliche förderte.

Das Nachbarland Brandenburg hingegen landet nur auf Platz 13. Insbesondere in den Bereichen Bildung und Justiz hat das Land aufzuholen. So ist Hate Speech zwar thematisch im Lehrplan verankert, doch fehlen außerschulische Bildungsangebote zum Thema. Weder für den Bildungsbereich insgesamt noch für Schule im Speziellen gibt es eine beauftragte Person für Online-Hass. Und auch Forschung zum Thema wurden vom Land Brandenburg bisher nicht gefördert. Strukturen, die auf die Strafverfolgung von Hass im Netz zugeschnitten sind, fanden sich in Brandenburg zum Erhebungszeitpunkt kaum. Spezifische Opferberatungsstellen und Angebote wurden in Brandenburg nicht finanziert. Ein Plus: die vom Land geförderte Beratung für Opfer von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt berät auch in Fällen von Hass im Netz.

Matthias Quent, Direktor des IDZ in Jena: "Die durchgeführte Studie zeigt, dass überall in Deutschland neue Strukturen zur Bekämpfung von Hate Speech entstehen. Sie belegt aber auch, dass viele Länder im Kampf gegen Hass im Netz erst am Anfang stehen - es bleibt viel zu tun."

Weitere Informationen für Redaktionen:

Gesamte Studie zum Download:

<https://www.campact.de/hate-speech/bundeslaender-ranking/>.

Die Übersichtskarte mit dem Länderranking finden Sie auf Seite 12.

Zur Studie verschicken wir jeweils Bundesland-Varianten dieser Presseinformation an die jeweiligen Redaktionen. Doppelsendungen bitten wir zu entschuldigen. Basis ist immer die Studie "#KeinNetzFürHass." Hessen hat den Fragebogen nicht beantwortet. Stichtag war der 30. Juni 2020.

Pressekontakt:

Clara Koschies, Pressestelle Campact e.V., presse@campact.de, Tel. 0171 - 4890455

Miriam Schader, Koordinatorin der Studie, schader@campact.de, Tel. 0170 - 5041440